

1. Aufsätze

Anja Seibert-Fohr , Heidelberg/Straßburg Die EMRK als Ewigkeitsgarantie für Europa?	1
Lorenz Dopplinger , Wien Verhüllungsverbote im europäischen Rechtsraum: Rechtstransfers und gerichtlicher Dialog	10
Donal O'Donnell , Dublin Die Unabhängigkeit der Justiz in der Europäischen Union: Eine gemeinsame Verantwortung	18
Tiziana Chiusi , Saarbrücken Der Begriff „sichere Herkunftsstaaten“ in der Rechtsprechung des EuGH und dessen Rezeption durch die italienischen Gerichte / Eine Analyse der Rs. C-406/22 (4.10.2024) mit ersten Einschätzungen zur Rs. C-758/24 u.a. (1.8.2025)	23
Nicola Berner und Teresa Suwita , Luxemburg Die DSGVO als Einfallstor für die Anwendung von Unionsgrundrechten: Zum Zusammenspiel von Geschlechtsidentität und Datenberichtigungsanspruch / Das bemerkenswerte Potential des EuGH-Urteils vom 13. März 2025 in der Rs. Deldits	44

2. Entscheidungen

EGMR – 15.10.24 –	Erniedrigende Behandlung eines Syrers durch übereilte Überstellung aus Deutschland nach Griechenland mit dortiger Abschiebungshaft (länger als 2 Monate) in einer Polizeistation ohne Möglichkeit einer effektiven Überprüfung der Haftbedingungen (Deutschland für verfahrensrechtl. Verstoß verantwortlich; Griechenland für materiellrechtl. Verstoß gegen Art. 3 sowie für Verstoß gegen Art. 5 Abs. 4 EMRK verantwortlich) / <i>H.T. ./ Deutschland und Griechenland</i>	48
EuGH – 01.08.25 –	Einstufung eines Landes als „sicherer Herkunftsstaat“ muss gerichtlicher Überprüfung zugänglich sein / Weitreichende Befugnis des nationalen Richters, der nach Auffassung des EuGH dazu berechtigt sein soll, ggf. staatliche Informationsquellen in Zweifel zu ziehen / verb. Rs. <i>Alace und Canpelli</i> (C-758/24 u.a., Große Kammer)	66
EuGH – 04.10.24 –	Die nach der RL 2013/32 vorgesehene Einstufung eines Landes als „sicherer Herkunftsstaat“ muss sich auf das gesamte Hoheitsgebiet erstrecken / Bestimmt ein Mitgliedstaat (hier: Tschechien) nur einen Teil eines Drittstaats als sicher (hier: Moldau mit Ausnahme von Transnistrien) kann das die Ablehnung eines Asylantrags rechtfertigen / Rs. C-406/22 (Große Kammer)	78



EuGH	– 27.03.25 –	Voraussetzungen für die Gewährung internationalen Schutzes bei drohender Blutrache im Herkunftsland Afghanistan (Provinz Laghman) / Vorlage des VwGH, Wien / hier: Streit rein vermögensrechtlicher Natur / Rs. <i>Laghman</i>	88
EuGH	– 29.04.25 –	Maltesisches Staatsbürgerschaftsprogramm für Investoren verstößt gegen das Unionsrecht / „Vermarktung“ des Unionsbürgerstatus mit dem Grundkonzept der Unionsbürgerschaft unvereinbar / Rs. <i>Kommission/Malta</i> (Große Kammer)	93
EuGH	– 13.03.25 –	DSGVO und Transidentität: Die Berichtigung von Daten betreffend die Geschlechtsidentität darf nicht vom Nachweis einer Operation abhängig gemacht werden / Rs. <i>Deldits</i>	104
EuGH	– 01.08.25 –	Asylpolitik / Haftung für fehlende Unterbringungskapazitäten in Irland / Ein Mitgliedstaat kann sich nicht auf einen unvorhersehbaren Zustrom von Antragstellern auf internationalen Schutz berufen, um sich seiner Pflicht zur Deckung der Grundbedürfnisse dieser Personen zu entziehen / Rs. <i>C-97/24</i>	109
BGer	– 20.09.24 –	Voraussetzungen für Bestellung und Bezahlung einer Assistenz für Menschen mit Behinderungen im Studium an der ETH Zürich / Kein Anspruch auf Entlastung von administrativen Aufgaben	Steinmann 115
BGer	– 08.10.24 –	Marschkundgebung aus Anlass des Weltwirtschaftsforums in Davos / Verweigerte Benutzung einer Kantonsstraße verletzt Meinungs- und Versammlungsfreiheit / Anspruch auf Antragsbeurteilung innerhalb angemessener Frist ebenfalls verletzt	Steinmann 121
BGer	– 11.10.24 –	Ausnahme vom Grundsatz der Nichtöffentlichkeit der Hauptverhandlung im Jugendstrafverfahren / Beschränkte Zulassung von Gerichtsberichterstatern	Steinmann 131
VfGH	– 03.10.24 –	Verbot der Gesichtsverhüllung in der Öffentlichkeit verfassungsrechtlich zulässig	Dopplinger 133
BVerfG	– 15.07.25 –	Erfolglose Verfassungsbeschwerde zu Drohneneinsätzen unter Nutzung der Air Base Ramstein (Luftwaffenstützpunkt der USA in Deutschland)	136
BVerfG	– 14.11.24 –	Längerfristige Observation unter Anfertigung von Bildaufnahmen und Bildaufzeichnungen nach dem Polizeigesetz Nordrhein-Westfalen (PolG NRW) mit dem Grundgesetz unvereinbar	161
BVerfG	– 14.01.25 –	Erfolglose Verfassungsbeschwerde gegen Polizeikosten bei „Hochrisikospielen“ der Fußball-Bundesliga in Bremen / Erhebung einer Gebühr für polizeilichen Mehraufwand bei erfahrungsgemäß gewaltgeneigten Großveranstaltungen mit mehr als 5.000 Personen mit dem Grundgesetz vereinbar	173
BVerfG	– 25.06.25 –	Erfolgreiche Verfassungsbeschwerde einer staatlichen Hochschule des Landes Berlin gegen Regelung des Berliner Hochschulgesetzes (§ 110 Abs. 6 Sätze 2 und 3 BerlHG) / Verstoß gegen die Wissenschaftsfreiheit (Art. 5 Abs. 3 GG) / Erwähnte Bestimmung des BerlHG mangels Gesetzgebungskompetenz des Landes formell verfassungswidrig	187
BVerfG	– 05.06.25 –	Verurteilung eines Richters wegen Rechtsbeugung kein Verstoß gegen das Willkürverbot / Verfassungsbeschwerde unzulässig	195
BVerfG	– 28.05.25 –	Russische Bank / Abhängigmachung der Klagezustellung von der Zahlung einer Gebühr / Verfassungsbeschwerde unzulässig	195

3. Dokumentation

EGMR	– 31.01.25 –	Jahrespressekonferenz 2025 mit Statistik für 2024	197
EGMR	– 28.04.25 –	Gerichtsinterne Wahlen – Mattias Guyomar Präsident des EGMR ab 30.5.2025	197
BVerfG	– 22.05.25 –	Plenumsbeschluss: Vorschläge für die Wahl eines Nachfolgers von Richter des Bundesverfassungsgerichts Dr. Christ / Gescheiterte Wahl im Deutschen Bundestag am 11. Juli 2025 (Anm. d. Red.)	197

4. Laufende Verfahren

EuGH	– 11.03.25 –	GA Dean Spielmann befasst sich anhand von zwei Urteilen des polnischen Verfassungsgerichtshofs von 2021 mit den Anforderungen an ein unabhängiges, unparteiisches und durch Gesetz errichtetes Gericht und hält die Klage betr. den poln. VfGH für begründet / Rs. <i>C-448/23, Kommission/Polen</i>	198
EuGH	– 05.06.25 –	GA Tamara Čapeta plädiert für Justiziabilität von Art. 2 EUV / Negierung der Werte der EU nicht hinnehmbar / hier: Nationale Gesetze, die Minderjährige vor LGBTI-Inhalten schützen sollen / Rs. <i>C-769/22, Kommission/Ungarn</i> (Plenum)	210
BVerfG	– 12.03.25 –	Übersicht über die im Jahr 2025 u.a. zur Entscheidung anstehenden Verfahren	239
BVerfG	– 05.08.25 –	Bedeutung des Grundrechts auf Schutz der Familie / hier: Gestattung der Einreise für ein jordanisches Kleinkind (2 Jahre alt) / Erlass einer einstweiligen Anordnung	244